



Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementpreis** vierteljährlich für Halle und Umgegend die Post bezogen 2 Mark.

**Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.**

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

**Insertionspreis** für die viergehaltene Corpus-Beile oder deren Raum 15 Pfg.

**Reclamen** vor dem Tagesalender die drei-gehaltene Corpuzeile oder deren Raum 40 Pfg.

Nr. 45.

Dienstag, den 23. Februar 1886.

87. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Anträge auf Schulgeld-Ermäßigung oder Erlaß bei der hiesigen städtischen Bürgerknaben- oder Bürgermädchen-Schule für die Zeit vom 1. April 1886 bis eben dahin 1887 bis zum 10. März d. J. bei den Herren Direktoren **Warkner** und **Steger** einzureichen sind, mit dem Bemerkten, daß:

- 1) diese Erlaße und Ermäßigungen nur **einheimischen** Kindern gewährt werden und
- 2) die Gesuche um Schulgeld-Erlaß oder Ermäßigung von **Knaben und Mädchen zugleich in ein und demselben** Antrage zu vereinigen sind.

Halle a. S., den 17. Februar 1886.  
Der Magistrat.

### Steckbrief.

Gegen die unverheiratete **Friederike Wehner** aus Petersberg, zuletzt in Halle a. S., angeblich auch in Ballwitz, welche flüchtig ist, ist die Unterjuchungsbefehl wegen Diebstahls verhängt.

Es wird erucht, dieselbe zu verhaften und in das Gerichtsgewahrsam zu Halle a. S. abzuliefern.  
Halle a. S., den 16. Februar 1886.

Der Königl. Erste Staatsanwalt.  
von Moers.

Der gegen den früheren Hausknecht und Bergmann **Adolph Langnidel** aus Schönewald unterm 10. Oktober 1883 erlassene Steckbrief ist erledigt.  
Halle a. S., den 17. Februar 1886.

Der Königl. Erste Staatsanwalt.  
von Moers.

### Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Reinhold Schöttler**, in Firma **Schöttler & Fischer** zu Halle a. S., wird heute **am 19. Februar 1886 Nachmittags 6 1/2 Uhr** das Konkursverfahren eröffnet.

Der Anwalt **F. Gd. Benschel** zu Halle a. S. wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **15. Mai 1886** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Befreiung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — **am**

**den 16. März 1886 Vormittags 10 Uhr**

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **den 1. Juni 1886 Vormittags 10 Uhr**

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer No. 31, Termin abzurufen.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **1. Mai 1886** Anzeige zu machen.  
Königl. Amtsgericht, Abth. VII zu Halle a. S.

## Nichtamtlicher Theil.

Halle, den 22. Februar.

\* Das Sozialistengesetz ist, wie vor zwei Jahren, an eine Kommission verwiesen worden und es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Angelegenheit denselben Verlauf nehmen wird wie im Jahre 1884. Herr Windthorst hat zunächst seine Aktion genau in derselben Weise wie damals begonnen. Daß die Widerungsanträge des Centrums in der Kommission die eingehendste Prüfung, ebenso wie vor zwei Jahren finden werden, kann nicht bezweifelt werden. Diejenigen, welche der Meinung sind, Ausnahmsmaßregeln zur Zeit noch nicht entbehren zu können, werden den Widerungsanträgen des Centrums darum gewiß keine vorzügliche Meinung entgegenbringen. Ob die Anträge aber durchgehen werden,

wird man in Erinnerung an die Vorgänge von 1884 auch heute als sehr zweifelhaft bezeichnen müssen. Es ist eine eigene Sache mit diesen Abwehrungen, schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“ hierüber, entweder sie sind unerheblich und ziemlich gleichgültig, dann wird Niemand sonderlichen Werth darauf legen oder sie sind von einschneidender Bedeutung, dann wird sich die Frage erheben, was man mit außerordentlichen Maßregeln soll, denen die wirksamsten Spitzn und Schärren entzogen sind. Mit hölzernen Waffen ist keine erfolgreiche Abwehr möglich. Der wichtigste Änderungsantrag ist ohne Zweifel die Beschränkung des sog. kleinen Belagerungszustandes auf Berlin und Umgegend mit der weiteren Bedingung, daß auch hier die Ausweitungsbefugniß erheblich abgeschwächt wird. Die für die Presse und für Versammlungen vorgeschlagenen Milderungen sind minder erheblicher Art. Gegen verschiedene dieser Vorschläge wäre an sich kaum etwas einzuwenden, allein viel erreicht wird dadurch auch nicht werden. Nämlich sichere Aussicht angenommen zu werden und auch die Zustimmung der Regierung zu finden, hat nur der Antrag auf Aufkündigung der Geltungsdauer, sei es nur auf zwei oder drei Jahre. Das Centrum hat ferner zwei Resolutionen beantragt. Diejenige, welche den „Kulturkampf“ hineinzieht, lassen wir auf sich beruhen; sie ist nur Dekoration und hat praktisch keinen Werth. Bedeutungsvoller ist die Aufforderung an die Regierung, ein Gesetz vorzulegen, welches die sozialdemokratische Bewegung auf dem Boden des gemeinen Rechts bekämpft. Dieser Aufforderung könnten sich alle Parteien anschließen, keine ist wohl der Meinung, daß das Sozialistengesetz eine für alle Ewigkeit bestimmte Einrichtung sein solle. Inwiefern die allgemeine Aufforderung ist leicht, die Ausführung aber sehr schwer. Außer den gänzlich verunglückten Hänel'schen Anträgen bei der Beratung des ersten Sozialistengesetzes sind positive Vorschläge in dieser Richtung bisher nicht aufgetaucht und man wird bei jedem Versuch auf die ungewohnten Schwierigkeiten stoßen, gesetzliche Bestimmungen ausfindig zu machen, welche die Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen gestatten, ohne den allgemeinen Besitz an Freiheitsrechten durch vielnebelige, dehnbare Ausdrücke zu gefährden. Es wäre für die Sache unzweifelhaft viel erzieherlicher, wenn statt solcher allgemeiner Resolutionen positive Verträge einer Abänderung des gemeinen Rechts gemacht würden, und wir können nicht umhin, dies in erster Linie für Pflicht der dem Ausnahmengesetz feindlichen Parteien zu erklären. Sie müßten denn der Meinung sein, daß wir das Sozialistengesetz ganz entbehren können und trotzdem einer Mobilisation des bestehenden gemeinen Rechts nicht bedürften. Diese Ansicht dürfte aber doch in Erinnerung an die Zustände, zu denen wir vor Erlaß des Sozialistengesetzes gelangt waren, keineswegs die überzeugende sein.

\* Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages beschloß, die Wahl des Abg. Groß (Falsch nationalliberal) zu beanstanden und Erhebungen über die in den Wahlprotesten behauptete Beschlagnahme sozialdemokratischer Stimmzettel und die Verbote an die Gastwirthe, ihre Lokale für sozialdemokratische Versammlungen herzugeben, zu beantragen.

\* Es heißt, das Brantweinmonopol werde noch vor Ablauf dieses Monats, spätestens aber Anfang März im Reichstage zur Beratung kommen. Im Bundesrathe stimmten Hamburg und Bremen gegen das Brantweinmonopol. Die süddeutschen Staaten enthielten sich mit Rücksicht auf ihr Mehrstimmrecht der Abstimmung. Weidenburg und einige kleinere Staaten behielten sich ihr Votum vor, weil die Vertreter derselben noch ohne Instruktion waren. Die angekündigte Berufung des preussischen Staatsraths wird mit der für den Fall der Ablehnung der Brantweinmonopolvorlage projektierten Lizenzsteuer in Verbindung gebracht.

\* Der „Moniteur de Rome“ erklärt die Meldung der „Kreuzzeitung“, die neue kirchenpolitische Vorlage sei das Reinkat von Verhandlungen mit dem Vatikan, für unzuverlässig und betrachtet einige Bestimmungen derselben mangelbar; hofft, daß das Gesetz noch verbessert werde. Es müßte deutlicher definiert werden, was unter Staatsaufsicht zu verstehen sei. Für unannehmbar hält der „Moniteur“, daß der Staat die Kirchendiener solle für „unfähig“ erklären können und beklagt, daß das Eingruppierungsrecht seitens des Staates nicht aufgegeben sei.

\* In der italienischen Deputirtenkammer erklärte der Minister des Aeußern, Graf Robilant, Italien habe bedingungsweise die Vermittlung Spaniens in den Streitfragen mit Kolumbien angenommen. Sollten die diplo-

matischen Mittel erschöpft sein, so werde man zu anderen Mitteln greifen und werde es sich sodann darum handeln, mit welcher von jenen Republiken begonnen werden solle, welche seit langer Zeit die Gebuld Italiens auf die Probe stellten. — Die Kammer lehnte mit 121 gegen 117 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Arbeitsentstellungen ab.

Erfährt wirklich in Paris ein internationales Spionage-Bureau und wird dies hauptsächlich von dänischen Agenten bedient? — Auf diese Frage wirft der in Rom schwebende Landesvertragsprozeß Dorides-Vertrag ein interessantes Licht. Es wurden beim Grafen Dorides, der Redakteur des päpstlichen „Moniteur de Rome“ war, Briefe gefunden, in denen als Ded-Adresse für seine Unter-Agenten der Name „Ingeborg Ede, Rue Daubigny, Paris“ angegeben ist. Ingeborg aber ist bekanntlich ein spezifisch dänischer Name und die Annahme liegt nahe, daß sich dahinter ebenfalls irgend ein dänischer Agitator verdeckte, zumal nachgewiesen worden, daß Dorides auch für Kauffen gearbeitet hat. Die betreffenden Enthüllungen haben in Italien einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen, zumal in einem Briefe aus Wien an Dorides von Konferenzen mit einem österreichischen Kabinetts-Mitgliede, mit dem Runtius in Wien, sowie von offensiblen Aufmunterungen resp. Beteiligungen des Papstes die Rede ist. Die Affaire dürfte viel Aufsehen erregen. Der am meisten belästete „Moniteur de Rome“ fordert strenge Bestrafung der — Fälscher dieses Briefes und glaubt, man wolleben heil. Stuhl hiernächst kompromittieren. Die „Riforma“ broht dem Papst mit einem Skandal, falls er je gegen die Sicherheit Italiens konspirieren würde. Die ganze italienische Presse ist voll von dieser Enthüllung.

\* In einer am Freitag Abend in London stattgehabten Plenarversammlung des liberalen Wahlkomitees von Chelsea, in welcher gegen 300 Personen anwesend waren, machte Dilke genaue Mittheilungen über den Entwurf des Ehescheidungsprozeß und gab auf zahlreiche Fragen Auskunft. Die Verammlung nahm schließlich eine Resolution an, dahin gehend, daß die Verammlung nach Kenntnisaufnahme der Erklärungen Dilke's gern dem Dementi zustimme, das Dilke den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen entgegen-gesetzt und daß ihr Vertrauen zu Dilke ungemindert sei.

In Dublin hielt am Sonnabend der neue Vizekönig von Irland, Graf Aberdeen, seinen Einzug, wobei er von allen Volksklassen herzlich empfangen wurde. Auf dem College Green kam es zu einem unbedeutenden Gezeck dadurch, daß anlässlich eines von den Studenten ausgebrachten Hochs auf die Königin der Pöbel unter Hochrufen auf Parnell über die Studenten herfiel, welche sich mit Steinen vertheidigten. Auf beiden Seiten kamen einige leichte Verwundungen vor.

\* Der „Agence Havas“ zufolge sind in den Verhandlungen der Friedenskonferenz neue Schwierigkeiten aufgetaucht. Serbien weigert sich, das Amerikaner Madjid Paschas und Geshoff's, monach es seine schriftlichen Vorschläge gleichzeitig mit den bulgarischen Vorschlägen vorlegen soll, anzunehmen. Mijatowic hat auf sein gefahren diesbezüglich nach Belgrad gerichtetes Telegramm heute von Garaschanin die Mittheilung erhalten, daß die Antwort Serbiens auf jenen Antrag ihm im Laufe des Abends zugehen werde. Mijatowic hat Madjid Pascha und Geshoff hiervon Kenntniß gegeben und haben die Delegirten in Folge dessen die auf heute anberaumt gewesene offizielle Sitzung auf morgen verschoben, um die Mittheilung der serbischen Antwort entgegenzunehmen. Geshoff hat formelle Instruktionen erhalten, sich zur Vorlegung schriftlicher Vorschläge nur dann bereit zu erklären, wenn Mijatowic gleichzeitig die seinigen vorlegt.

Der „Polit. Korresp.“ wird aus Philippopol gemeldet, daß aus allen Theilen des Landes Deputationen dajelbst eintreffen, um den Fürsten zu beglückwünschen. Bei einem Besuche der Hauptmoschee wurde der Fürst von den dajelbst anwesenden Türken enthusiastisch begrüßt. Der König von Serbien ist aus Nißch in Belgrad eingetroffen. — Die Vertreter der Mächte machten auf Initiative Englands den Vorschlag, Serbien solle davon absehen, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Bulgarien in den Friedensvertrag aufgenommen werde, wogegen die Mächte auf die Aufnahme eines Passus hinwirken würden, welcher beide Theile verpflichte, sofort nach dem Friedensschluß zu dem Abschlusse eines Handelsvertrages zu schreiten.

Ferner wird aus Bukarest telegraphirt: Mijatowic ist von dem Minister Garaschanin ermächtigt worden, schriftliche Vorschläge für die Friedensverhandlungen gleichzeitig mit den Vorschlägen von bulgarischer Seite vorzulegen.



Der Austausch dieser Vorschläge soll morgen erfolgen. Diese Beilegung der entstandenen Schwierigkeiten wird dem gemeinsamen Schritte, welchen die hiesigen Vertreter der Mächte in dieser Angelegenheit bei Nistawic gethan haben, zugehört.

In Konstantinopel überreichte der russische Vostschastier Melissof der Pforte eine Note, in welcher die bekannten Einmündungen Bulglands gegen das türkisch-bulgarische Uebereinkommen präzisirt werden.

\* Ein Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“ aus Athen meldet: Die dem englischen Admiral als Oberbefehlshaber des aus Schiffen der Mächte konstituirten Geschwaders erteilten Instruktionen sollen im Wesentlichen dahin gehen, alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um unter scharfer Ueberwachung der griechischen Flotte jede Kollision zwischen türkischen und griechischen Kriegsschiffen zu verhindern. Die Befehlshaber derjenigen Mächte, welche im Einvernehmen mit England handeln, sind angewiesen worden, in entsprechender Weise vorzugehen. — Eine neue Kollektivnote ist bis jetzt der griechischen Regierung nicht überreicht worden. Der hiesige englische Gesandte ist von Lord Rosebery angewiesen, sich die letzte Kollektivnote auch weiter als Nichtschmar dienen zu lassen. Wie man annimmt, soll eine neue Kollektivnote nur in dem Falle ergehen, wenn aus den Berichten des englischen Admirals hervorgeht, daß eine Aktion zur See dringend geboten und zu befehligen sei, daß ein Zusammenstoß zwischen den Schiffen Griechenlands und der übrigen Mächte erfolgen könne. In diesem Falle würden die Mächte der griechischen Regierung gegenüber sich von jeder Verantwortlichkeit für die etwaigen Folgen loslösen. Inzwischen dauern die Vorstellungen der Mächte fort, um Griechenland zu einem Eingehen auf die gestellten Forderungen zu bewegen.

\* Die spanische Regierung beginnt jetzt damit, den im Geheimen wühlenden Aufwiegern energisch zu Leibe zu gehen. Vor einigen Tagen — am 13. — ist in Madrid eine Suche abgehalten worden, die allerlei gute Funde ergeben hat. Es sind der „R. Z.“ zufolge an drei verschiedenen Punkten Pizinen, Pistolen, pyrgische Mützen, Wilmnisse republikanischer Führer und Schießvorrath gefunden worden. Verhaftet sind sieben oder acht Personen, von denen einige als Förderer bekannt sind. Diese Verhandlungen stehen in Beziehung zu der Unterdrückung gegen die Urheber des jünglichen Aufstandes von Cartagena und beweisen, daß die Förderer und Kantonalisten selbst thätig sind und daß nicht die Zerrissenheit allein Verwirrungen ansetzt. Die Londoner Anruhen haben die Madrider Anschläge und Sozialisten in große Erregung versetzt, welche möglichst bald in irgend einem tollen Aufstande in Catalonien oder Malaga einen Ausbruch finden dürfte. Die Republikaner Cataloniens, Sewillas und Malagas haben sich entschlossen, unter demselben Banner zu den bevorstehenden Cortesdahlungen zu eilen. Das republikanische Wahlbündniß ist also eingeleitet, ob aber sämtliche Republikaner des Landes folgen werden, ist sehr fraglich, da persönliche Beweggründe der Führer die drei Lager getrennt halten und Castelar bei seiner abwartenden Taktik beharrt.

### Deutscher Reichstag.

51. Plenarsitzung vom 20. Februar 1886.

Die Zusatzabkommen zum Weltpostvertrage, welche auf dem vorjährigen Postkongresse zu Wien beschlossen wurden, sowie das Uebereinkommen betreffend den Postautographendienst werden in erster und zweiter Beratung beschloßlos genehmigt.

Es folgt zweite Beratung des Gelegenheitsworts, betr. die Festsetzung eines Nord-Ostkanals. (Referent: Abg. Wocermann.)

§ 1 der Regierungsvorlage: Es wird ein für die Benutzung durch die deutsche Kriegsflotte geeigneter Schiffahrtskanal von der Elbemböschung über Wendburg nach der Rieder Bucht unter der Voraussetzung hergestellt, daß Preußen zu dem auf 1561 Mill. M. veranschlagten Gesamtbaukosten desselben den Betrag von 50 Mill. M. im Voraus gewährt, wird von der Kommission zur unveränderten Genehmigung empfohlen.

Abg. Behr fragt, ob die von Preußen beizutragenden 50 Millionen auf ein Brett zu erlegen seien und ob sich der Betrag event. herabmindern könne.

Staatssekretär v. Boetticher verneint letzteres. Die Zahlung müßte ratenweise erfolgen.

Abg. Behr bittet, hinter dem Kanalbau die Elbkorrektur bei Cuxhaven nicht zurücktreten zu lassen.

Abg. v. Schalscha wünscht Transporteinrichtungen in Ober-Schlesien, durch welche eine Verbilligung der industriellen Absatzverhältnisse durch den Nordostkanal zu ungenügender Berücksichtigung vermieden werde.

Abg. Häufler bittet um Berücksichtigung der deutschen Produktion, namentlich der bayerischen Steinbrüche, beim Kanalbau.

Staatssekretär v. Boetticher: Den Interessen der deutschen Industrie und der deutschen Arbeit werde lebhaft nach Möglichkeit entgegengetreten, wie dies ja auch beim Reichstagsabg. geschehe. Bestimmte Zulagen, daß die eine oder die andere Gegend besonders berücksichtigt werden solle, könne er nicht abgeben. Die Beiragung, die namentlich in der schlesischen Kohlenindustrie in Bezug auf die Wirkung des Kanals auf den Kohlenabgab bestehen, seien unbegründet. Die Hauptrolle werde in den Ostseehäfen mit der schlesischen Kohle nie konkurrieren können. Uebriens werde den Wünschen der schlesischen Industrie nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Abg. Wappler verwendet sich gleichfalls für die Berücksichtigung der bayerischen Steinproduktion, die er nur vor der ausständigen, bezw. der bequemer gelegenen Schwedischen bevorzugt wissen wolle.

Abg. Wörmel: Es könnten hier nur die allgemeinen Interessen von Handel und Verkehr sowie der Schiffahrt in Betracht kommen, nicht lokale und Spezial-Interessen.

Abg. Dr. Hänle verweist die Diskussion über Lokalinteressen in den preussischen Landtag. Hier könne es sich nur um große Gesichtspunkte handeln.

Abg. Dr. Hänle äußert sich für die Ausführenden von v. Schalscha's, daß der Hauptverkehrs- und Verbilligung durch Eisenbahnarbeiterleistungen und Vermehrung der Befehlswegs erwarte.

§ 1 wird einstimmig angenommen, ebenso ohne Debatte § 2.

§ 3 der Vorlage lautet: Von den nicht zur kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe, nach einem vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat beschlossenen Tarif zu entrichten.

Die Kommission schlägt folgende Fassung vor: Von den nicht zur kaiserlichen Marine und zur Bauverwaltung gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. Die Festsetzung des hierfür zu entrichtenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten.

Abg. Gamp begründet einen vom Grafen Behr eingebrachten Antrag, wonach die Tarifbestimmung durch den Kaiser in Verbindung mit dem Bundesrat erfolgen und der Tarif dem Reichstage zur Kenntnisnahme vorgelegt werden soll. Ferner ist der Antrag auf Annahme folgender Bestimmung geäußert: So weit in einem Jahre die Einnahmen die durch Unterhaltung und Betrieb des Kanals entstehenden Kosten, sowie 3/4 v. Ct. Zinsen des vom Reich angewendeten Baukapitals übersteigen, fließen dieselben bis 3/4 v. Ct. des von Preußen geleisteten Beitrags diesem Staat zu.

Abg. Fritzen und Dr. Hammacher befruchteten einen Antrag des Abg. von Schalscha, wonach bis zum Ablauf des ersten Betriebsjahres der Kaiser die Tarife feststellt, während später gesetzliche Regelung folgen soll.

Staatssekretär v. Boetticher plaudert gegen gesetzliche Festsetzung der Tarife, während Abg. Dr. Hänle für gesetzliche Festsetzung der Tarife von der Betriebsöffnung an eintritt.

Ferner wandte sich Staatssekretär v. Boetticher gegen den vom Abg. Grafen Behr beantragten Zusatz, worauf dieser zurückgezogen wird.

Der Kommissionsausgang wird mit der vom Abg. v. Schalscha beantragten Modifikation angenommen.

Der Rest der Vorlage wird ebenfalls unverändert angenommen.

Dienstag: Beratung.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Sonnabend die Beratung des Eisenbahnbudgets fort und beschäftigte sich mit einer Reihe Petitionen und veränderte Amtsbesetzung. Die Budgetkommission beantragte, nur die Petition von Eisenbahnanzweilanten um Erhöhung der Remuneration der Regierung als Material zu übernehmen. Von Seiten verschiedener Abgeordneter wurde dagegen Berücksichtigung auch noch anderer Wünsche angeregt. Der Minister wandte sich, daß die finanzielle Lage verbiete, bei allem Wohlwollen zur Zeit noch mehr für die Gehaltsaufbesserung der Beamten zu thun. Derselben äußerte unter Umständen besser, sich vertrauensvoll an den Minister, statt an den Landtag zu wenden, wenn er auch das Bestreben äußerte, demselben entgegenzutreten. Die vielfach gewünschte Trennung des Remunerationssfonds für die oberen von denen für die unteren Beamten sagte der Minister zu, dagegen könne er eine Verbindung des Remunerationssfonds mit dem Unterhaltungsfonds nicht befürworten. Nach längerer Debatte wurde unter Vermittlung vorstehender Wünsche der Etat unverändert angenommen. Eine erste Rate von 2000 Mark zum Neubau des Bahnhofs in Rottbom wurde abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde eine große Reihe lokaler Wünsche hinsichtlich der Verbesserung von Bahnanlagen, Bahnhöfen, Mittelstellen und dergl. vorgebracht. Für Montag wurde die erste Lesung der Eisenbahnbudgets auf die Tagesordnung gesetzt.

### Telegraphische Nachrichten.

Wien, 20. Februar. Der Fürst von Montenegro empfing gestern Nachmittag längere Besuche von dem Minister des Aeußern, Grafen Kalnoky, und dem russischen Vostschastier, Fürsten Lobanow-Rostowski. Heute Vormittag wird der Fürst von dem Kaiser in Privataudiens empfangen werden.

Wien, 20. Februar. Der Kaiser empfing heute Vormittag den Fürsten von Montenegro und machte demselben Mittags einen Gegenbesuch.

Bern, 21. Februar. Das Bundesgericht hat gestern die Beschlüsse der Regierung von Zürich gegen die Heilsarmee, durch welche die Versammlungen derselben verboten wurden, aufgehoben, jedoch das Verbot des Besuchs der Versammlungen durch Kinder unter 16 Jahren beibehalten.

Paris, 20. Februar, Nachmittags. Die Regierung hat sich dahin schließig gemacht, daß die für das Jahr 1889 projektierte Ausstellung eine univervelle sein soll, an welcher sich alle Nationen beteiligen können.

Paris, 20. Februar. Der Großfürst Wladimir wird nächsten Montag nach Rußland zurückkehren. — Fürst Gregor Wpissint ist hier gestorben.

London, 20. Februar, früh. Nach hier vorliegenden offiziellen Nachrichten ist das russische Geschwader in der Südbay angetroffen.

Portsmouth, 20. Februar. Der Herzog von Edinburgh ist heute auf dem Transportschiff „Tamar“ nach Malta abgereist, um den Oberbefehl über das Mittelmeergeschwader zu übernehmen.

Washington, 20. Februar. Schatzsekretär Manning macht die Annotierung von 3 Prozentigen Staatsobligationen bis zum Betrage von 10 Millionen Dollars bekannt. Die Minorität der Kommission zur Vorberathung der Silberausprägungsfrage hat einen Bericht fertiggestellt, der sich für die freie Silberausprägung ausspricht.

### Tages-Chronik.

\* Der Kaiser, welcher sich des besten Wohlseins erfreut und in gemohnter Weise die laufenden Regierungsgeschäfte erledigt, empfing am Sonnabend Nachmittag den Großherzog von Hessen und dessen Tochter Irene, welche am Vormittag auf der Reise nach St. Petersburg aus Darmstadt eingetroffen waren. Am Abend wohnte der Kaiser mit anderen hohen Herrschaften der Vorstellung in Dornhaube bei. Gestern, Sonntag Vormittag, nahm der Kaiser mehrere Vorträge entgegen und unternahm Nachmittag eine Spazierfahrt durch den Tiergarten. Um 5 Uhr fand bei den Wajersfeldn Familienfest statt.

Die Kaiserin begab sich gestern Vormittag nach dem Augusta-Hospital und wohnte dort in der Kapelle deselben dem Gottesdienste bei. Am Nachmittag unternahm Allerhöchstdieselbe eine Spazierfahrt. — Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin wohnten mit den Prinzessinnen Töchtern dem Gottesdienste im Dome bei. Nachmittags unternahm die Herrschaften eine Ausfahrt und vernügte sich nebst den Prinzessinnen Töchtern durch Schlittschuhlaufen.

\* Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht die Ernennungen der Wirklichen Geh. Legations-Räte Grafen v. Vercken und Helwig zu Mitgliedern des Staatsrathes.

\* Wie ein Privattelegramm aus Kiel meldet, ist dem Kontradmiral Freiherrn v. Schleinitz, Vorkommand der Hydrographischen Anstalt der Admiralität, auf Grund seines Gesundes der Absicht zur Verleihung des Charakters als Viceadmiral bewilligt worden.

\* Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß aus Anlaß der kriegerischen Ereignisse in Birma zwei in der Hauptstadt Mandalay wohnhafte Deutsche ermordet worden seien; erfreulicher Weise hat sich diese Meldung nicht bestätigt. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ aus sicherer Quelle erzählt, sind vielmehr bei der Bestrafung der Stadt durch die Engländer die sämtlichen dort wohnhaften Deutschen unversehrt vorgefunden worden. Auch unter den im Zinnen des Landes ermordeten Europäern sollen sich keine Deutschen befunden haben.

\* Der Erbprinz von Hohenzollern, Sohn des Herzogs von Mecklenburg und Mitglied des Reichstages, hat sich mit der Tochter des Fürsten Carolath-Beuthen verlobt.

\* Die Volkszählung in Preußen hat vorläufig die Ziffer 28 314 032 Personen ergeben. Demnach hat sich die Bevölkerung Preußens innerhalb 5 Jahre um 1 034 921 Personen, d. h. um 3,79 %, vermehrt. Das endgültige Ergebnis der Zählung im Herbst wird vermuthlich noch eine etwas höhere Zahl erbringen. Im Jahre 1880 ergab ein letzteres gegen das vorläufige Ergebnis ein Mehr von 18 780 Köpfen. Die Volkszunahme ist diesmal eine etwas geringere als in der vorhergegangenen Zählungsperiode gewesen, in welcher dieselbe eine gewisse Höhe erreichte. Sehr interessant ist auch die Vertheilung der Bevölkerung der Bevölkerung in den verschiedenen Theilen des Landes. Nicht überall ist die Zunahme eine ungefähr gleiche, in manchen Gegenden findet überhaupt keine Zunahme, sondern eine Abnahme statt. Zu fünf von den 36 preussischen Regierungsbezirken hat eine Abnahme, in sieben eine sehr mäßige, lagen wie eine natürliche Zunahme, in neun Bezirken eine 5 % übersteigende Zunahme stattgefunden. Wenn man auf der einen Seite sieht, daß die Abnahmebezirke Köslin, Straßburg, Stettin, Marienwerder hauptsächlich Uckerbau, die Hauptnahrungsmittelbezirke dagegen Ansbay, Düsseldorf, Köln, Merseburg, Hannover, Potsdam, Magdeburg vorzugsweise Industriebezirke sind, dann wird man den Schluß machen können, daß die Industrie mehr Anziehungskraft besitzt, das heißt lohnender ist als der Ackerbau. Wenn man weiter erfährt, daß von den 508 Kreisen, in welche die preussische Monarchie eingetheilt ist, 304 eine Zunahme und nicht weniger als 204 eine Abnahme zeigen, dann schließt man mit Recht weiter, daß die Städte über Gebühr auf Kosten des ländlichen Landes an Einwohnerzahl zunehmen. Dies ist vorzugsweise der Fall in den Provinzen, wo ja auch die großen Städte dünner gelagert sind als in den neueren; denn in Altpreußen hat die Bevölkerung zugenommen nur in 145, abgenommen in 116 Kreisen. In ganz Pommern hat sich außer dem Stettiner Stadtkreis die Bevölkerung nur in einem einzigen Kreise und auch da nicht einmal um einen halben Prozent vermehrt. In Westpreußen haben von 23 Kreisen 14 in Posen von 28 zwölf, in Schlesien von 64 sechsundzwanzig, in Schleswig-Holstein von 22 zwölf, in Brandenburg fast die Hälfte aller Kreise eine Verminderung aufzuweisen. Besonders starke Uebernahmen haben dagegen die Kreise Kottbus (6,06), Niederbarnim (13,78) und Zeltow (18,56) Prozent. Unter allen Kreisen der Monarchie hat aber die größte Bevölkerung der Stadtkreis Charlottenburg mit 39 Prozent. Bei den drei, vier letztgenannten Kreisen hatten jebedals die Nähe Berlins und seine Industrie einen bedeutenden Einfluß auf die rapide Zunahme der Bevölkerung. Die anderen Kreise, die eine außerordentlich hohe Zunahmehöhe aufzuweisen haben, sind vorzugsweise Industriebezirke, so Gelsenkirchen 33 pCt., Kreisfeld über 22 pCt., Bochum fast 22 pCt., Bochum-Landkreis ebenfalls fast 22. Auch die Kreise mit einer minder starken aber immer noch großen Zunahme der Bevölkerung sind hervorragende Industriebezirke; so Altenstein in Ostpreußen (in diesem Falle dürfte die Vermehrung mit Weidbänden und Weiden wesentlich die Vermehrung gefördert haben), Weithen, Zabrze, Penio, Dortmund, Mühlheim a. d. Ruhr, Essen, Mladbach u. i. v. Der Norden und Osten, das heißt das Westschlesien, Ergebnis, das ländliche Land verlieren, der Balken und Siedel, die Hauptstadt und die Industriebezirke gewinnen.

\* Dr. Endrulat f. j. Am 17. d. Mts. starb in Posen der Staatsarchivar Dr. Bernhard Endrulat, ehrenvoll bekannt durch sein Eintreten für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein, und in seinen letzten Lebensjahren wiederum auf einen Posten gestellt, auf dem er reiche Gelegenheit fand, seine Vaterlandsliebe und nationale Gesinnung zu betheiligen. Am 24. August 1828 in Berlin geboren, studierte er dort Philologie, machte dann 1849—1851 den schleswig-holsteinischen Krieg mit, verheiratete später, weil er im Unwillen über die damalige preussische Politik das Heer verlassen hatte, in Magdeburg eine Lehrtätigkeit und lebte als Privatlehrer, Schriftsteller und Redakteur in Hamburg, Jpschow, später in Stralburg, wo er als Hilfsarbeiter im Archiv von Graf-Lothringen angestellt wurde. Im Jahre 1885 wurde er als Staatsarchivar nach Posen berufen, wo er bekanntlich die historische Gesellschaft für die Provinz Posen gründete. „Ein eigentümliches Geschick“, schreibt die „Elber. Ztg.“ in einem ihm gewidmeten Nachruf, „ließ den begünstigten Vorkämpfer des Deutschthums an der



# Interims-Stadt-Theater.

(Vor dem Steinthor 7 und 8).  
Direction: F. Gluth.

Dienstag den 23. Februar.

Unwiderprüflich letzte Vorstellung der Antispiritisten  
**Homes und Madame Fey**

vom Kroll'schen Theater in Berlin.

2 Abtheilungen. Jede Abtheilung dauert 1 Stunde.

Neues Programm.

Nach der ersten Abtheilung:

**Ich werde mir den Major einladen.**

Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen.

### Personen:

Herr Carbonel, ein reicher Privatmann	—	Herr Patry.
Elise, dessen Frau	—	Frl. Dronn.
Major Bernard	—	Herr Dahlen.
Julius, Carbonel's Freund	—	Herr Sachs.
Louis, Diener bei Carbonel	—	Herr Kolmar.

Das Stück spielt zu Paris in der Wohnung Carbonel's.

### Preise der Plätze:

Loge 2,50 Mk. Sperrsit 2 Mk. Parterre 1 Mk. Gallerie 50 Pf.  
Der Tages-Billet-Verkauf befindet sich gr. Schlamm 4 (Händels Geburtshaus)  
und ist nur an Spieltagen Vormitt. von 10—12 u. Nachmitt. von 3—5 Uhr geöffnet.

Den geehrten Abonementen bleiben die Plätze bis 10 $\frac{1}{2}$  Uhr reservirt.

Abonementkarten gültig bei Einzahlung von 50 Pf.

Kassenöffnung 7 Uhr. — Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr. — Ende 10 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Wittwoch: König Richard der Dritte.

Schauspiel von W. Shakespeares.

In Vorbereitung: Mamsell Angöt. Große Operette (mit neuer Ausstattung).

## Auction.

Dienstag den 23. ds. Mts. Nachmittags 4 Uhr werde ich auf dem Gute Graun bei Nietleben zwangsweise und gegen Baarzahlung verkaufen:

3 Kühe und 1 Strohdienen (Weizenstrah).

Halle a/S., 20. Febr. 1886.  
Lützkendorf, Gerichtsvollzieher.

## Auction.

Dienstag den 23. Februar cr. Vormittags 10 Uhr versteigere ich Geißstraße 42 zwangsweise gegen Baarzahlung:

2 Regulatoren, 1 Piano, 1 Klavier, 2 Spiegel, 1 Wäschepind, 2 Sopha, 1 Küchenschrank, 1 Tafelwaage, 1 Dezimalwaage, 1 Nähmaschine, 10 Teppiche, 5 Stück Inleitzug, 3 Stück Bettzeug.  
Müller, Ger.-Vollzieher in Halle.

## Auction

Wittwoch d. 24. d. M. Nachm. 1 Uhr fl. Klausstr. 14. I.  
O. Radestock, Auct.-Kommissar.

## Schwarze Cachemirs

vorzüglichste Fabrikat u. sehr preiswerth empfiehlt

Wilh. Walter, Leipzigerstraße Nr. 92.

Auf der Grube  
**Neuglucker Verein**  
bei Nietleben ist gut getrocknete  
**Stückkohle**  
vorräthig.

**Hyazinthen- und Pfirsichblüthen-Seife**

von feinstem Wohlgeruch empfiehlt 3 Stück 40 u. 50 Pf. M. Waltsgott.

Sauerfahl à Pfd. 8 Pf. E. Assmann, gr. Steinstr. 16.

Ziehung 25. Februar. Haupt-Geld-Gewinn 75,000 Mk.

Cölner Domlose à 3,50 Mk.

Ernst Haassengier.

## Gladbacher

### Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Wir bringen hiermit zur Anzeige, daß wir dem Herrn  
**W. G. Beyer, Kaufmann in Halle a. S.,**  
Leipzigerstraße 84 und Königstraße 1,  
eine Haupt-Agentur unserer Gesellschaft übertragen haben.  
Magdeburg, 17. Februar 1886.

Die General-Agentur.  
**Bräutigam & Fölsche.**

Bezugnehmend auf obige Annonce halte ich mich zur Vermittelung von Feuer- und Spiegelglas-Versicherungen bestens empfohlen und erkläre mich zu jeder Auskunft gern bereit.  
**W. G. Beyer.**

# „Hôtel Kronprinz“ Restaurant.

Ausschank des Münchener Hofbräu.



## General-Versammlung

des konservativen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis

Wittwoch den 24. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr

im großen Saale des „Rosenhales“, Weidenplan.

- Tagesordnung: 1) Jahresbericht.  
2) Statutenlegung.  
3) Revision der Statuten.  
4) Vorstandswahl.

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Der Vorstand.

Halle a/S., Gr. Ulrichstraße 24. **Louis Sachs,** Halle a/S., Gr. Ulrichstraße 24.

Tuch-, Manufactur-, Modewaaren-Handlung und Damen-Confection,

Gegründet 1850

empfiehlt

## zur Confirmation:

Schwarzen Cachemir, reine Wolle, doppelte Breite . . . Meter von Mk. 1,20 an,  
Farbigen do. „ „ „ „ „ „ „ „ 2,00 „

Serge, Matlassé, Perlé etc. etc., prima Qualität „ „ „ „ 0,75 „  
Lustre, Mohair, Croisé etc. etc., „ „ „ „ halbu. rein Wolle: „ „ 0,60 „

Besatzstoffe in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.  
Talma's, Dolman's Mantelettes und Jaquettes, elegant garnirt und gut sitzend,  
Stück von Mk. 7,50 an.

Umschlagetücher, Wolle, Stück von Mk. 3,75 an.  
Weisse Röcke, Filzröcke, Joupons, Stück von Mk. 2,00 an.

Tuche und Buckskins, reine Wolle, doppelte Breite, Mtr. von Mk. 3,00 an.

## Für Schuhmacher.

Eine Parthie feinsten Holz-

nägel aus einer renommirten

Fabrik sind per Meße mit 45 Pf. zu verkaufen.

Niemeyerstr. 11, part.

Mit dem heutigen Tage verlege meine

Wohnung von Parz 11 nach

**26 M. Ulrichstr. 26**

und empfehle mich einem geehrten Publikum

zur Anfertigung aller in diesem Fach vorkom-

menden Arbeiten, sowie Reparaturen bei Zu-

sicherung prompter und reeller Bedienung

und billigster Preisstellung.  
E. Umbach i. F. Umbach & Co.,  
Schneidermeister.

## Victoria-Theater.

Montag den 22. Februar 1886

zum Benefiz für

**Frl. Agathe Hartig**

**Preciosa.**

Romant. Schauspiel in 4 Akten von Peter

Wolf, Musik von G. M. v. Weber,

unter gütiger Mitwirkung eines hiesigen

Männer-Gesangvereins und Gastspiel

der Ballet-Gesellschaft

**Excelsior.**

Zu dieser meiner Benefiz-Vorstellung lade

ein hochgeehrtes kunstsinnesiges Publikum ganz

ergebenst ein.  
**Agathe Hartig.**  
Die Expedition des Tagesblattes befindet sich  
gr. Ulrichstraße 19 (Bläß'sche Buchdruckerei).

Siehe Anzeige

Für den redaktionellen und Inseratentheil verantwortlich Julius Wandelt in Halle. — Bläß'sche Buchdruckerei (H. Nietschmann) in Halle.